

Gross, Hermann

Article — Digitized Version

Albanien zwischen den Mächten: Ein Beitrag zur Erschließung unentwickelter Gebiete

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Gross, Hermann (1949) : Albanien zwischen den Mächten: Ein Beitrag zur Erschließung unentwickelter Gebiete, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 29, Iss. 6, pp. 36-40

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/130987>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ziehungsrechte nicht als ein „recipient country“, nicht als ein Marshall-Hilfe empfangendes Land gelten dürfe. Hier tauchte also in verschärfter Form das gleiche Problem wie im Herbst 1948 auf. Auch entstand zeitweilig die Frage, ob die USA. weiterhin auf den Abschluß eines bilateralen Vertrages mit der Schweiz verzichten würden. Wirtschaftlich stellte sich schließlich das Problem, wie die Überschüsse der Schweiz als Gläubigerland gegenüber den Marshall-Ländern finanziert werden sollten, etwa teils durch transferierbare Ziehungsrechte, teils durch Kredite

der Schweiz, und in welchem Verhältnis diese Teile zueinander stehen sollten. Frankenkredite z. B. würden der schweizerischen Handelspolitik widersprechen, die neue Kredite nicht mehr zulassen will, nachdem in den Jahren nach dem Kriege bereits rd. 800 Mill. Schweizerfranken als Kredite gewährt worden sind. Seit Monaten schon wird über die besondere Form der Eingliederung der Schweiz in den innereuropäischen Zahlungsplan verhandelt, wobei es die Stellung der Schweiz stärkt, daß die USA. beträchtliche Exportüberschüsse im Handel mit der Schweiz haben.

Albanien zwischen den Mächten

Ein Beitrag zur Erschließung unentwickelter Gebiete

Prof. Dr. Hermann Gross, Kiel

Die Entwicklung des albanischen Staates und seiner politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland seit seiner Gründung im Jahre 1913 spiegelt in einer durch Raffung überspitzten, aber gerade deshalb unverschleierteren Form, im verkleinernden Maßstab die hundertjährige Geschichte der Balkanstaaten seit ihrer Verselbständigung im 19. Jahrhundert wider.

Alle Balkanvölker haben fast 500 Jahre im alten Osmanischen Reich abgekapselt von der übrigen Welt gelebt und sind von der modernen kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung Mittel- und Westeuropas ausgeschlossen gewesen. Mit ihrer Befreiung von der Osmanenherrschaft wurden diese in noch mittelalterlichen Verhältnissen lebenden Völker plötzlich vor die Aufgabe gestellt, den Anschluß an die moderne liberalistische und kapitalistische Welt durch den Aufbau eines eigenen Staatswesens und einer eigenen Volkswirtschaft zu vollziehen. Mit dem völkerrechtlichen Akt der Schaffung des neuen Staatsgebildes erwachsen so mit einem Schlage größte organisatorische und wirtschaftliche Aufgaben, deren Lösung nur mit weitestgehender materieller wie auch beratender Unterstützung des Auslandes möglich war.

Darum mußten die Balkanvölker, nachdem sie mit Hilfe ausländischer Mächte ihre staatliche Selbständigkeit erhalten hatten, deren politische Suprematie und Kolonisierungspolitik in gewissem Umfang zunächst dulden. Sie konnten es auch nicht verhindern, als Werkzeuge fremder Interessen — für die sich im übrigen auch in den Balkanländern selbst immer wieder nicht ganz uneigennützig Elemente fanden — von den Großmächten wiederholt gegenseitig ausgespielt zu werden.

Die jahrhundertelange Unterdrückung und Ausplünderung durch fremde wie eigene Machthaber hat trotz der Machtstellung des zum großen Teil mohammedanisierten Landadels und seiner zum Teil maßgeblichen Beteiligung an der Verwaltung des Osmanischen Reiches — Albanien hat mehr als 30 Großveziere der Hohen Pforte gestellt! — in allen Balkanvölkern nicht nur zur Erhaltung, sondern sogar zur Steigerung

eines außerordentlich starken Nationalgefühls beigetragen. Dieser fanatische Nationalismus, gepaart mit einem sehr starken Mißtrauen der südosteuropäischen Bauernvölker gegen alles Fremde, das sich teilweise bis zu einer ausgesprochenen Auslandsfeindlichkeit steigern konnte, hat die Ausbildung eines internationalen Gefühls, sei es auf liberalistisch-weltbürgerlicher, sei es auf parteipolitisch-totalitärer Grundlage, sowie alle Unionsbestrebungen in diesem unruhigsten Teil Europas bis jetzt verhindert.

Die Politik der Regierungen der Balkanstaaten, die fast immer von einzelnen starken Persönlichkeiten mehr oder weniger autoritär bestimmt wurde, gipfelte in dem Ziel der Beschaffung der unbedingt notwendigen ausländischen Kapital- und Expertenhilfe unter gleichzeitiger Erringung und Sicherung ihrer außenwirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit. Dabei kam den Balkanländern die Unangreifbarkeit der großen Masse ihrer Bauernbevölkerung — dank ihrer Primitivität und Anspruchslosigkeit — sowie die Intelligenz und altorientalische bäuerliche Diplomatschläue ihrer Politiker zustatten.

Alle diese Faktoren sowie die Rivalität der Großmächte, die sich zur Investition erheblicher Mittel sowie zur Bereitstellung von wirtschaftlichen, militärischen und Verwaltungs-„Beratern“ trotz mancher Enttäuschungen immer wieder bereitfanden, haben es den Balkanländern ermöglicht, den Anschluß an die moderne wirtschaftliche und politische Entwicklung zu finden und durch geschicktes Lavieren ihre staatliche Selbständigkeit im Laufe der Zeit zu stärken. Wenn in jüngster Zeit die meisten Balkanländer wieder in politische bzw. wirtschaftliche Abhängigkeit von den Großmächten — im Osten wie im Westen — gekommen sind, so zeigt dies nur, daß sich an den Grundgesetzen der historischen Entwicklung auf dem Balkan nichts geändert hat.

DIE STAATSWERDUNG ALBANIENS UNTER ZOGU

Der albanische Staat verdankt seine Entstehung im Jahre 1913 der Rivalität der Großmächte. Weder Italien noch Österreich-Ungarn wollten den an sich

armen gebirgigen albanischen Küstenstreifen wegen seiner strategischen Bedeutung am Ausgang des Adriatischen Meeres dem andern gönnen. So wurde nach dem Zusammenbruch der Herrschaft des Osmanischen Reiches auf dem Balkan das selbständige Fürstentum Albanien geschaffen, dessen staatliche Selbständigkeit nach dem ersten Weltkrieg durch die Alliierte Botschafterkonferenz von Paris im Jahre 1921 bestätigt wurde. Inzwischen war an die Stelle Österreich-Ungarns als Gegenspieler Italiens der neue Staat Jugoslawien getreten.

Der Aufbau des albanischen Staates ist mit dem Namen Achmet Bey Zogus verknüpft, der seit dem ersten Weltkrieg bis zum Jahre 1939 die schlechthin entscheidende politische Persönlichkeit Albanien gewesen ist. Der frühere kleine Stammesfürst aus Mittelalbanien, der über eine bemerkenswerte Tatkraft und eine außergewöhnliche altorientalische diplomatische Begabung verfügte, hatte es verstanden, sich nach verschiedenen Wechselfällen die uneingeschränkte Macht in Albanien zu sichern, sein Land im Innern zu revolutionieren und durch geschickte Ausnutzung von Albanien Schlüsselstellung an der Adria und dem westlichen Balkan dem kleinen Land seine politische Unabhängigkeit nach außen bis 1939 zu erhalten.

Das zu 90% gebirgige und in den wenigen Ebenen noch stark versumpfte und malariaverseuchte kleine Land — Albanien ist mit 27 500 qkm nicht ganz so groß wie Belgien — hat nur eine Million Einwohner. Diese lebten damals noch in einer direkt klassisch anmutenden Naturalwirtschaft von Schaf- und Ziegenzucht und äußerst primitivem Ackerbau. Die Erdölquellen harren ebenso wie die übrigen kleineren Mineralvorkommen an Braunkohle, Eisenerz, Pyrit, Kupfererz, Chromerz und Gips noch der Erschließung. Industriebetriebe gab es praktisch nicht. Das Land war auf die Einfuhr fast aller Industrieerzeugnisse, Roh- und Kraftstoffe und bei schlechter Ernte auch auf Getreide-Einfuhr aus dem Ausland angewiesen. Diese Einfuhr bestritt Albanien nur zum Teil aus seiner an sich unbedeutenden Ausfuhr von Schafen und Ziegen, Wolle, rohen Häuten und Fellen, Eiern, Oliven, Schafkäse (der ausschließlich an die „Amerika-Albanier“ nach den USA. ging) und Asphalt. Sehr ins Gewicht fielen dagegen früher die Emigrantenüberweisungen der meist aus Südalbanien stammenden zahlreichen Albanier in den USA, von denen inzwischen viele nach Albanien zurückgekehrt sind. Diese Rückwanderer bedeuten für das Land zum Teil eine wertvolle Bereicherung, da sie nicht nur Dollar, sondern auch Kenntnisse und eine gute Ausbildung mitbrachten und dadurch zu der Entwicklung des Landes wesentlich beitrugen.

Jedenfalls war Albanien zum Aufbau eines eigenen Staatswesens und einer modernen Wirtschaft, mehr noch als früher die übrigen Balkanländer, auf eine langfristige ausländische Kapitalhilfe und die Hilfe ausländischer Experten angewiesen. Darum wandte sich Albanien 1922 um Rat und Hilfe an den Völkerbund. In diesem Auftrag wurde 1923 ein aufschluß-

reiches Gutachten über die Notwendigkeit und die Modalitäten einer ausländischen Kapital- und Expertenhilfe für Albanien erstattet. Jedoch scheinen die damaligen albanischen Machthaber eine internationale Kapitalhilfe auf einmal nicht mehr für erstrebenswert gehalten zu haben. 1924 wurde der Vertrag des auf Albanien Ersuchen vom Völkerbund ins Land gesandten Finanzberaters noch vor Ablauf seines ersten Tätigkeitsjahres plötzlich gelöst, und Albanien wandte sich in der Folgezeit Italien zu.

AUFBAU ALBANIENS DURCH ITALIEN

Zogu hatte schon aus seiner Belgrader Emigration durch Mittelsmänner freundschaftliche Beziehungen zu Rom angeknüpft. Nunmehr ergriff das faschistische Italien nur zu gern die günstige Gelegenheit, seine „Mare-Nostro“-Politik im adriatischen Raum zu stärken. Von 1925 an legte Italien in mehreren politischen Verträgen und einer Bank- und Anleihekonvention die Grundlage zu seiner ebenso zielbewußten wie energischen Durchdringungspolitik in Albanien. Als Gegenleistung für diese Verträge, insbesondere den Defensiv-Bündnis-Vertrag von 1927, den sogenannten zweiten Tiranavertrag, wurde Zogu im Jahre 1928 als „Zogu I, König der Albanier“ von Italien anerkannt.

Seit Abschluß der italienischen Verträge ergoß sich ein stetiger Kapitalstrom — bis 1939 rund 280 Mill. Goldfrs. — von Italien nach Albanien. Anlage und Verwaltung dieser Anleihen und Kredite erfolgten durch die italienische Gesellschaft „Società per lo Sviluppo Economico dell'Albania“, kurz SVEA genannt. Es wurden in erster Linie Arbeiten, die von militärisch-strategischem Wert und für die Staatsführung notwendig waren, berücksichtigt. Der Ausbau Durazzos zu einem modernen Hafen und die Anlage von leistungsfähigen Straßen und Brücken sollten das bis dahin straßen- und brückenlose Land für einen Aufmarsch der italienischen Streitkräfte auf dem Balkan vorbereiten. Ein verhältnismäßig großer Betrag wurde für die Errichtung von militärischen Gebäuden verwendet. Ein Teil der Beträge der Anleihe dienten zur Deckung der sehr erheblichen regelmäßigen Budgetdefizite des albanischen Staates. Erhebliche Kapitalien wurden für die Entwicklung der Erdölindustrie und zur Erschließung der übrigen Bodenschätze des Landes, an denen Italien besonders interessiert war, investiert.

Durch die von der SVEA verwalteten Anleihen und die Gründung selbständiger Gesellschaften, die mit Privilegien und Monopolen ausgestattet wurden, erlangte Italien einen absolut bestimmenden Einfluß auf die albanische Währung und das Kreditwesen (Albanische Nationalbank mit dem Hauptsitz in Rom und Albanische Agrarbank), den Flugverkehr, den Kraftwagenverkehr, die Kraftfahrzeugherstellung, die Erdölindustrie — sie erreichte 1942 mit 156 000 t Rohöl die höchste Produktionsmenge, die in Italien (Livorno, Bari) raffiniert wurde —, die Asphaltausbeute, die Kupfererz- und Chromerz- und Chromerz- sowie eine Anzahl sonstiger Unternehmungen.

Italien hatte sich die Kontrolle seiner investierten Kapitalien vor allem durch etwa 250 italienische Sachberater im Lande selbst gesichert. Außerdem hatte Italien die Organisation des albanischen Heeres übernommen — während die Gendarmerie von England organisiert wurde — und 4 italienische Gewerbeschulen eingerichtet.

OPPOSITION GEGEN ITALIEN

Die immer drückender werdende Abhängigkeit Albanien von seinem mächtigen Bundesgenossen und Finanzier hat, statt zu einer weiteren Annäherung, zu einer zunehmenden Entfremdung zwischen den beiden Staaten und Völkern geführt.

Sie trat zum erstenmal offen in Erscheinung, als Zogu den italienisch-albanischen Freundschafts- und Sicherheitsvertrag von 1926, den sogenannten ersten Tiranavertrag, bei seinem Ablauf im Jahre 1931 trotz stärkstem italienischen Drängen nicht verlängerte. Die Verstimmung Italiens wurde noch erhöht, als Italiens Versuche im Jahre 1932, Albanien für eine albanisch-italienische Zollunion zu gewinnen, scheiterten und 1933 die Schließung von Privatschulen gesetzlich verfügt wurde, wobei in erster Linie die italienischen Schulen getroffen wurden. Als daraufhin die italienische Regierung die Überweisung der Albanien 1931 gewährten jährlichen Anleihezuschüssen einstellte, wurden die italienischen militärischen Sachverständigen aus albanischen Diensten entlassen. Italien reagierte hierauf u. a. durch einschneidende Beschränkungen der albanischen Einfuhr nach Italien, die Albanien um so härter treffen mußten, da von der albanischen Ausfuhr wertmäßig zwei Drittel nach oder über Italien gingen. Schließlich verlangte Italien im Anschluß an eine Demonstration einer starken italienischen Flotteneinheit in den Gewässern vor Durazzo im Juni 1934 die Wiedereinstellung seiner militärischen Sachverständigen und die Aufnahme von Verhandlungen über die Verzinsung und Rückzahlung der Albanien gewährten Anleihen, für die praktisch keine Zinsen gezahlt worden waren. Da sich der jährliche Zinsen- und Amortisationsdienst etwa so hoch wie die gesamten albanischen Staatsausgaben, und um ein Vielfaches höher als der Wert der albanischen Ausfuhr, gestellt hätte, blieb Albanien nichts anderes übrig, als seine Oppositionspolitik gegenüber Italien aufzugeben. Daraufhin verzichtete Italien auch weiterhin auf die Zinsen und stellte 1936 Albanien erneut Anleihen und Kredite zur Verfügung.

Während der italienisch-albanischen Spannung hatte sich Albanien Jugoslawien zugewandt, obwohl zwischen der albanischen und jugoslawischen Bevölkerung eine traditionelle Feindschaft herrschte. Diese hatte sich noch verschärft, als Zogu nach Rückkehr von seinem Belgrader Emigrantenaufenthalt im Jahre 1924 sich an das faschistische Italien aufs engste anschloß. Trotzdem erfolgte seit 1933 eine bemerkenswerte Annäherung zwischen Albanien und Jugoslawien. Eingeleitet wurde sie im Dezember 1933

durch den Abschluß eines Zusatzabkommens zu dem albanisch-jugoslawischen Handels- und Schifffahrtsvertrag vom Juni 1926 und die Unterzeichnung eines weiteren Ergänzungsabkommens im Mai 1934, das eine günstige Regelung und wesentliche Erleichterung des jugoslawisch-albanischen Grenzverkehrs voraussetzte. Zur gleichen Zeit wurde in Tirana eine Niederlassung der Jugoslawischen Exportbank feierlich eröffnet. Diese rein taktisch bestimmte Annäherung an Jugoslawien wie auch der aus dem gleichen Grunde gleichzeitig erfolgte Ausbau des Wirtschaftsverkehrs mit dem griechischen Nachbarland, gegen das Albanien wegen der griechischen Ansprüche auf süd-albanisches Gebiet ebenfalls eine traditionelle Feindschaft hegte, haben sich weder politisch noch wirtschaftlich auswirken können und nur zur Steigerung von Italiens Argwohn und Unwillen beigetragen. So erfolgte, als sich Zogu den italienischen Wünschen auf eine noch engere politische und militärische Bindung seines Landes an Italien nicht willfährig zeigte, im April 1939 die Besetzung des Landes und die Proklamation einer Personal- und Zollunion zwischen Albanien und Italien.

ANSCHLUSS AN JUGOSLAWIEN

Mit dem Zusammenbruch des faschistischen Italien im zweiten Weltkrieg verschwand auch das nach der Besetzung und Zerstückelung Jugoslawiens im Jahre 1941 gegründete „Großalbanien“, das mit einer Fläche von 42 500 qkm und einer Bevölkerung von 1,8 Millionen größere Teile Südserbiens, das Amselfeld und einige Grenzstädte Montenegros umfaßt hatte. Die Schaffung Großalbanien hatte erneut zu einer unveröhnlichen Feindschaft zwischen Serben und Montenegrinern auf der einen und Albanern auf der anderen Seite geführt. Heute genießen die hauptsächlich auf dem Amselfeld und der Metohia wohnenden rund 500 000 Albanier, die schon immer ein Irredentaherd waren, im Rahmen der Jugoslawischen Volksrepublik eine gewisse Autonomie.

Unter kommunistischer Führung und tatkräftiger Anteilnahme der Sowjetunion und Tito-Jugoslawiens entstand im Januar 1946 die Albanische Volksrepublik. An ihrer Spitze steht der ehemalige politische Kommissar und militärische Befehlshaber der Ende 1944 ans Ruder gekommenen albanischen Widerstandsbewegung Enver Hodxa (sprich Hodscha). Dieser heute erst 40 Jahre alte frühere Sprachlehrer, der aus der süd-albanischen Stadt Koritza stammt und in Paris und Brüssel studiert hat, lenkt in engstem Einvernehmen mit Moskau uneingeschränkt die Geschicke des Landes. Unter seiner Herrschaft ist die politische und wirtschaftliche Verfassung des Landes der der übrigen südosteuropäischen Volksrepubliken angeglichen worden. Der vor allem in Mittelalbanien überwiegende Großgrundbesitz wurde auf die Bauern aufgeteilt, und die privaten Industrie- und Bergbaubetriebe sowie Banken, die fast ausschließlich in italienischer Hand waren, wurden enteignet und verstaatlicht.

Zunächst übernahm Jugoslawien die frühere Rolle Italiens in der Finanzierung und dem Wiederaufbau des albanischen Staates. Jugoslawien gewährte der Albanischen Volksrepublik laufend größere Kredite ohne Verzinsung, stellte militärische und technische Berater und schloß 1946 mit Albanien eine Zoll- und Währungsunion für 30 Jahre. Jugoslawien und Albanien bildeten ein gemeinsames Zollgebiet, und der jugoslawische Dinar zirkulierte zusammen mit dem an ihn seit Juli 1946 gebundenen albanischen Lek.

Albanien wurde durch ein Abkommen in den jugoslawischen Fünfjahresplan zur Industrialisierung und Elektrifizierung eingeschlossen, in dessen Rahmen im jugoslawischen Staatshaushalt 2 Milliarden Dinar (40 Mill. \$) für Lieferungen von Baumaterialien, wie Zement und Eisen, und zur Durchführung eines großen Bauprogramms in Albanien bereitgestellt wurden. Dabei handelte es sich vor allem um die Errichtung von Wasserkraftwerken, Straßen-, Brücken- und Eisenbahnbauten und den Bau von großen Geschäfts- und Wohnhäusern. Albanien lieferte auf Grund des Vertrages hauptsächlich Erdöl, Asphalt, Kupfer- und Chromerze, deren Wert aber nur einen Bruchteil des Wertes der jugoslawischen Kredite und Lieferungen ausmachte.

Eine „Albanisch-jugoslawische Gesellschaft für Eisenbahnbau“ stellte 1947 die erste 41,6 km lange Eisenbahnlinie des Landes fertig, die den Hafen Durazzo mit Pekinj in der Nähe der reichen mittelalbanischen Stadt Elbasan verbindet. Eine Weiterführung dieser Linie nach dem südalbanischen Hafen Valona und nach der jugoslawischen Grenze im Südosten mit Anschluß an das jugoslawische Eisenbahnnetz in Struga sowie der Bau einer Eisenbahn von der größten nordalbanischen Stadt Skutari über Kukës in Nordostalbanien nach der jugoslawischen Grenze, die Nordalbanien an das jugoslawische Bahnnetz anschließen sollte, waren unter jugoslawischer Leitung in Vorbereitung. Weiterhin waren zwei Bahnstrecken vorgesehen, die Tirana mit Durazzo und Skutari verbinden sollte, deren Bau auch in den Zweijahresplan von 1949 aufgenommen worden ist.

BRUCH MIT TITO-JUGOSLAWIEN

Anläßlich des offenen Konfliktes zwischen dem Kominform und Marschall Tito sowie der Leitung der KP Jugoslawiens im Juni 1948 nahm Albanien nur zu gerne die Gelegenheit wahr, um sich der als Bevormundung empfundenen jugoslawischen Protektion zu entziehen. Offenbar ist Hodxa schon vor dem formellen Bruch mit Tito über die Vorgänge im Kominform und über die Noten Sowjetrußlands an Tito informiert gewesen und hat in engstem Einverständnis mit Moskau gehandelt.

Bereits am 13. Juni 1948 hatte Albanien in einer Note die Abberufung der jugoslawischen militärischen Instrukteure und der technischen Sachverständigen mit der Begründung gefordert, daß Jugoslawien die Bestimmungen des gegenseitigen Wirtschaftsabkommens nicht eingehalten habe. Am 30. Juni kündigte

Albanien mit sofortiger Wirkung sein Handelsabkommen und seine Zoll- und Währungsunion mit Jugoslawien und forderte die Rückberufung der restlichen jugoslawischen Sachverständigen binnen 48 Stunden. Gleichzeitig wurden die unter jugoslawischer Leitung stehenden Bahnbauten sowie alle Lieferungen an Jugoslawien eingestellt und die Landesgrenze mit Zollbeamten und Militär besetzt.

Das Zentralkomitee der KP Albanien, das sich ebenso wie die kommunistischen Parteien der übrigen südost- und osteuropäischen Länder den Anschuldigungen des Kominform gegenüber Marschall Tito und der KP Jugoslawiens angeschlossen hatte, erklärte, daß es schon seit längerer Zeit mit der KP Jugoslawiens im Konflikt stehe, die durch den Versuch, Albanien zu „kolonisieren“, das Verhältnis zwischen den beiden Ländern getrübt habe.

Jugoslawien wies in drei Noten Anfang Juli 1948 die von Albanien erhobenen Vorwürfe als „absurd“ und unbegründet scharf zurück und protestierte gegen die Einstellung der albanischen Lieferungen, die Unterbrechung der Eisenbahnbauten, das Verbot der Belgrader kommunistischen Parteizeitung „Borba“, die Schließung der jugoslawischen Buchhandlung in Tirana sowie die Ausweisung der jugoslawischen Sachverständigen. Außerdem wurde Albanien auf seine wirtschaftliche Abhängigkeit von Jugoslawien sowie auf die Tatsache hingewiesen, daß zwei Drittel des Umfangs der zwischen den beiden Staaten vereinbarten Zusammenarbeit reine Unterstützung Albanien von Seiten Jugoslawiens darstelle und es bis jetzt Lieferungen und Kredite in Höhe von rund 80 Mill. \$ ohne entsprechende Gegenleistung erhalten habe. Ferner wurde der Vermutung Ausdruck verliehen, daß sich Albanien durch seine Aktion der Begleichung dieser wie auch sonstiger Schulden entziehen wolle. Jugoslawien stellte alle Lieferungen ein und errichtete seine alte Zollgrenze gegenüber Albanien, die die beiden Staaten wirtschaftlich und politisch hermetisch voneinander abschließt.

DIE SOWJETUNION ÜBERNIMMT DIE FUHRUNG

Seit dem Bruch mit Jugoslawien hat sich Albanien noch enger als bisher an die Sowjetunion angeschlossen. Dabei mag in Tirana auch die Erwägung mitgesprochen haben, daß bei der Gewährung der dringend benötigten Materialien und Expertenhilfe durch die Sowjetunion Albanien eher in der Lage sein dürfte, seine staatliche Selbständigkeit zu bewahren als bei einer engen Zusammenarbeit mit den so beängstigend nahen früheren Protektoren Italien und Jugoslawien.

Abgesehen von der Hilfe, die die Sowjetunion der albanischen Partisanenbewegung zuteil werden ließ, hat sie seit 1947 verschiedene Kredit- und Handelsabkommen mit der Albanischen Volksrepublik abgeschlossen. Nach Ausbruch des Wirtschaftskrieges mit Jugoslawien hat sich die Sowjetunion im September 1948 bereit erklärt, Albanien einen Kredit zum Ausgleich des Budgets-Defizits zur Verfügung zu

stellen, das bis zum Juli 1948 Jugoslawien gedeckt hatte. Ein weiteres Abkommen über auf Kredit erfolgende russische Lieferungen an Albanien sowie ein Protokoll über den gegenseitigen Handelsverkehr während des Jahres 1949 wurden im April 1949 unterzeichnet. Auf Grund dieser Abkommen erhält Albanien u. a. die Ausrüstung für eine Zuckerfabrik, ein Baumwollkombinat und eine Lederfabrik sowie Geräte zum Ausbau der Erdölproduktion, die nach Enteignung der Italiener von einer albanisch-sowjetischen Erdölgesellschaft, der „Alsowpetrol“, übernommen wurde. Ferner sind Lieferungen von Eisenbahnbaumaterial, Traktoren, Lastwagen sowie Textilien und anderen Konsumgütern und Getreide vorgesehen. Die albanischen Gegenlieferungen bestehen vor allem in Erdölprodukten sowie Kupfer- und Chromerzen.

Die von der Sowjetunion gewährten Kredite und Lieferungen zur industriellen und verkehrsmäßigen Erschließung des Landes sowie zur Entwicklung der noch völlig rückständigen Landwirtschaft, insbesondere im Wege umfangreicher Bodenmeliorationen, sollen die Durchführung des 1949 aufgestellten albanischen Zweijahresplanes ermöglichen. Dieser Plan sieht Investitionen in Höhe von 4147 Millionen Lek vor, von denen u. a. 26,6 v. H. auf die Industrie, 26,3 v. H. auf den Verkehr, 20,3 v. H. auf den Bergbau und 13,7 v. H. auf die Landwirtschaft entfallen. Die für die einzelnen Wirtschaftszweige gesteckten Ziele sind so hoch, daß sie ohne eine sehr weitgehende Kredithilfe von Seiten der Sowjetunion nicht verwirklicht werden können. Dem von Albanien im letzten Jahr mit allen Kominformmitgliedstaaten abgeschlossenen Handelsabkommen kommt wegen der beschränkten Exportmöglichkeiten des Landes keine entscheidende Bedeutung zu.

Ein unverhältnismäßig großer Stab von sowjet-russischen Experten hat inzwischen die früheren jugoslawischen Berater auf allen Gebieten abgelöst und vor allem die militärische Entwicklung des Landes vorangetrieben. Durch Lieferungen von Kriegsmaterialien aller Art ist das überdimensionale albanische Heer — rund 6 v. H. der Gesamtbevölkerung stehen unter Waffen — und Polizeikorps aufgerüstet und weiter verstärkt worden. Das Interesse der Sowjetunion an Albanien ist, genau wie das der früheren Protektoren des kleinen Landes, ausgesprochen politisch-militärischer Natur und hat im Zusammenhang mit dem nunmehr allerdings wohl zu Ende gehenden griechischen Bürgerkrieg und vor allem seit dem offenen Konflikt zwischen Belgrad und Moskau außerordentlich zugenommen. Darum dürfte es auch ohne Belang sein, daß Albanien nie in der Lage sein wird, die sowjetischen Kredite und Lieferungen — ebenso wie früher die italienischen und jugoslawischen — durch entsprechende Exporte jemals abzudecken.

Mit seinen Flugplätzen in Tirana, Skutari, Koritza, Valona und den Flughäfen auf dem Ochrid-, Prespa- und Skutari-See sowie in der Bucht von Valona kann

Albanien bei einem von Moskau ausgehenden ost-hemisphären Luftverkehr eine wichtige Rolle spielen, insbesondere da die großen Zwischenlandeplätze der westlichen Weltfluglinien, Bari, Brindisi sowie Saloniki und Athen, in der Nähe der albanischen Horste liegen. Andererseits dürften die verhältnismäßig kleinen albanischen Flugplätze und Flughäfen auf den Seen, die von Jugoslawien und Griechenland als Anrainern kontrolliert werden können, nur von bescheidenem militärischen Wert sein. Ganz allgemein erscheint darum bei der heutigen politischen Konstellation und Frontenstellung auf dem westlichen Balkan die Bedeutung Albaniens für Sowjetrußland in dem kalten Krieg — sowohl gegen Griechenland wie neuerdings vor allem gegen Jugoslawien — unvergleichlich größer zu sein, als wenn die Waffen sprächen.

Albanien selbst ist in seiner Entwicklung und in seinem Außenhandel mehr als irgendein anderes Balkanland von der Aufrechterhaltung des Friedens in Südosteuropa abhängig. Denn da der Landtransport zu seinen Verbündeten und Handelspartnern, unter denen heute die Sowjetunion an der Spitze steht, durch seine beiden traditionell feindlichen Nachbarn, Jugoslawien und Griechenland, gesperrt ist, muß der gesamte albanische Güteraustausch und Passagierverkehr mit dem Ausland auf dem Seewege oder durch die Luft erfolgen.

Der Konflikt zwischen Albanien und Jugoslawien hat auch in den übrigen südosteuropäischen Volksrepubliken zum Aufflammen der alten nationalen Gegensätze gegenüber Jugoslawien geführt und die Frage eines selbständigen Mazedoniens, dieses alten Zankpfels zwischen Bulgaren, Serben, Albanern und Griechen, wieder in das Rampenlicht der Weltöffentlichkeit gestellt. Es sind die alten Vorwürfe, die gegenseitig in schärfster Form erhoben werden und zusammen mit dem nunmehr ganz offen zu Tage getretenen Zerwürfnis zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien zu weit über den Balkan hinausgreifenden Spannungen geführt haben. Sie beweisen, daß die Jahrhunderte alten nationalen Empfindlichkeiten und Gegensätze immer noch stärker sind als die seit 1945 zwischen den südosteuropäischen Volksrepubliken geschaffene gleiche politische und weltanschauliche Basis.

Außerdem zeigt sowohl der Fall Tito, wie der Fall Albanien mit seinem ebenso eigenwilligen Herrscher Enver Hodxa, daß der Ausspruch, den schon um die Jahrhundertwende der spätere italienische Außenminister A. di San Giuliano getan hat, seine volle Gültigkeit — und zwar nicht nur für die Einstellung der Albanier — behalten hat: „Jedoch hält sich der Albanier, sobald die Stunde der Entscheidung schlägt, nicht unbedingt für frühere Wohltaten verpflichtet, und zwar dann um so weniger, wenn er weiß, daß diese keine uneigennütigen gewesen sind.“

Aus dieser Einstellung heraus wird darum auch die zukünftige Entwicklung der Beziehungen der Balkanstaaten untereinander wie auch zu den sie protezierenden Mächten zu betrachten sein.